**Stillstand und Fortschritt**

**auf dem Weg zur Energie-Wende**

 **(Stand: März 2023)**

**EINLEITUNG: Im Monat März gab es einige bedeutende klimapolitische Ereignisse: Erstens hat der Weltklimarat (IPPC) dem Weltklima die folgende Diagnose gestellt: Es ist fünf vor zwölf! Zweitens hat die deutsche „Ampelkoalition“ zu wichtigen Themen der Klimaproblematik dringend notwendige und weitreichende Vereinbarungen getroffen; dies gelang allerdings nicht ohne heftige Kontroversen, die vermutlich auch jetzt noch nicht ausgefochten sind. Und drittens hat das Bundeskabinett eine nationale Wasserstrategie beschlossen.[[1]](#footnote-1)**

1. **In seinem aktuellsten Bericht – vorgestellt am 20. März – warnt der Weltklimarat (IPCC), dass sich das Zeitfenster für einen wirkungsvollen Klimaschutz schließt, wenn nicht jetzt radikal gehandelt wird.**

Stürme und Überschwemmungen sind nur zwei von sehr vielen Folgen der Erderwärmung, vor denen nun der umfassende Bericht des Weltklimarats IPCC warnt. Darin bündelt er die Ergebnisse von sechs Klimaberichten und drei Sonderberichten aus den vergangenen Jahren. „Das Fenster der Möglichkeiten, um eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu schaffen, schließt sich schnell“, heißt es darin. **Die Geschwindigkeit und das Ausmaß bisheriger Klimaschutz-Pläne seien unzureichend.** Mittlerweile lässt es sich wohl nicht mehr verhindern, dass sich die Welt im globalen Mittel um mehr als 1,5 Grad erwärmt. Im Vergleich zum 19. Jahrhundert hat sich die Erde bereits um rund 1,1 Grad Celsius erwärmt. Im Pariser Klimavertrag hatten die Staaten 2015 vereinbart, die Erderwärmung bis 2100 auf „deutlich unter zwei Grad Celsius” zu begrenzen, möglichst auf 1,5 Grad. Um das zu erreichen, **müssen die globalen Emissionen bis 2030 geschätzt um 45 Prozent fallen.** Um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, wäre eine Reduktion um 30 Prozent nötig.

Legt man den gegenwärtigen Ausstoß von Treibhausgasen zugrunde, dürfte die 1,5-Grad-Grenze schon Ende dieses Jahrzehnts dauerhaft überschritten werden. Bei Beibehaltung des aktuellen Kurses erwartet der Weltklimarat eine Erwärmung um 3,2 Grad bis Ende des Jahrhunderts. **Selbst die Einhaltung aller internationalen Zusagen – im Gegensatz zur tatsächlichen Politik – würde die Erderwärmung wohl nur auf etwa 2,5 Grad begrenzen.**

„Weiträumige und schnelle Veränderungen“ seien in der Atmosphäre, den Ozeanen, den Eismassen und in der Tier- und Pflanzenwelt schon jetzt zu beobachten, schreiben die Wissenschaftler. **Eine Zunahme von Hitzewellen habe hunderte Arten lokal verschwinden lassen**; sowohl in den Ozeanen wie an Land gibt es Belege für Massensterben-Ereignisse. Mit steigenden Temperaturen nehmen die Risiken für das Aussterben von Arten zu.

**Außerdem hat sich die Geschwindigkeit des Meeresspiegelanstiegs seit 1900 etwa verdreifacht**, auf nun 3,7 Millimeter pro Jahr. Sogar beim optimistischsten Szenario wird der Meeresspiegel bis 2100 um weitere 30 Zentimeter steigen. Bei weiter steigenden Emissionen könnte der Meeresspiegel bis dahin um einen Meter anschwellen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Eisschilde Grönlands sowie der Westantarktis bei einer Erwärmung zwischen zwei und drei Grad langfristig fast vollständig abtauen. Auch wenn das Jahrtausende dauerte, würde es den Meeresspiegel um mehrere Meter heben. Mit jedem Zehntelgrad Erwärmung nehmen negative Veränderungen zu. So dürften beispielsweise sehr feuchte und sehr trockene Wetterereignisse häufiger auftreten.

**Geschätzt zwischen 3,3 und 3,6 Milliarden Menschen leben in Regionen, die „hoch verwundbar“ sind, vor allem in Entwicklungsländern**. „Jene, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind überproportional von ihm betroffen“, wird die Mitautorin Aditi Mukherji des Berichtes zitiert. Daneben breiten sich über Nahrungsmittel, Insekten sowie über das Wasser Krankheiten stärker aus. **Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der Klimawandel eine Ursache von Flucht und Vertreibung sein.**

**Ohne schnelle Maßnahmen „bedroht der Klimawandel zunehmend Ökosysteme, die Biodiversität, die Lebensgrundlagen, die Gesundheit und das Wohlbefinden von derzeitigen und künftigen Generationen“,** heißt es im Bericht. Bereits einer der vorangegangenen Berichte hatte gewarnt: Erwärmte sich die Welt um drei Grad Celsius, erhöhte sich die Zahl der hitzebedingten Todesfälle um das Zwei- bis Dreifache. Außerdem erwartet der IPCC für viele Regionen in Europa Verluste in der landwirtschaftlichen Produktion. Schon bei einer Erderwärmung von zwei Grad Celsius wäre in Südeuropa ein Drittel der Bevölkerung von Wasserknappheit betroffen, bei drei Grad Celsius könnten es doppelt so viele sein. Bei einer Erwärmung über drei Grad Celsius würden sich die Schäden durch Küstenüberflutungen bis zum Ende des Jahrhunderts mindestens verzehnfachen und der Meeresspiegelanstieg würde Küstengemeinden „existenziell bedrohen“.

Eine Anpassung an die Klimarisiken ist unumgänglich. Hier sieht der IPCC durchaus Fortschritte, etwa beim Pflanzen hitzeresistenter Feldfrüchte oder in effizienteren Bewässerungssystemen. In Städten können Grünflächen Hitzewellen abfedern, die Renaturierung von Flusslandschaften kann Überschwemmungen vorbeugen. **Doch die meisten der aktuellen Maßnahmen sind laut Weltklimarat „fragmentarisch, kleinteilig, sektorspezifisch und ungleich verteilt“**. Zudem stößt man zunehmend an Grenzen. Oberhalb von einer Erwärmung um 1,5 Grad können sich beispielsweise manche Inseln aufgrund begrenzter Ressourcen kaum noch selbst mit Trinkwasser versorgen. Auch Ökosysteme wie Korallenriffe, Regenwälder oder Feuchtgebiete an Küsten können sich vermutlich nicht schnell genug an die steigenden Temperaturen anpassen.

Noch bleiben laut IPCC große Spielräume. **Um die Erderwärmung zu begrenzen, sei es nötig, dass in der Summe keine CO2-Emissionen mehr entstehen, heißt es unumwunden**. **Der notwendige „systemische Wechsel“ sei ohne Beispiel.** Dazu zählt der IPCC etwa den Ausbau erneuerbarer Energien, mehr Energie-Effizienz, aber auch Verhaltensänderungen, etwa eine gesündere Ernährung. Als positives Zeichen heben die Klimaforscher hervor, dass zwischen 2010 und 2019 die Kosten für die Erzeugung von Windenergie um mehr als die Hälfte gesunken sind, Solarenergie und Lithium-Speicher verbilligten sich sogar um 85 Prozent. **Trotzdem fließt derzeit noch immer mehr Kapital in fossile Infrastruktur als in Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen**. „Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen“, so der IPCC, „muss sowohl die Finanzierung für Anpassung wie für Klimaschutz um ein Vielfaches ansteigen“. Siehe **#98**.

1. **Die „Ampelkoalition“ hat Ende März wichtige Vereinbarungen zur Klimaproblematik getroffen. Dies gelang Im Koalitionsausschuss allerdings erst in einem 30-stündigen konfliktbeladenen Verhandlungs-Marathon.[[2]](#footnote-2) Die Hauptthemen:**
* **Klimaschutzgesetz**: Eigentlich hatte die Koalition dieses Gesetz schon 2022 "konsequent weiterentwickeln" wollen, so jedenfalls stand es im Koalitionsvertrag. Das Gesetz buchstabiert bis zum heutigen Tag haarklein die deutschen Klimaziele aus, bis hin zu den Emissionen, die einzelne Bereiche der Wirtschaft noch haben dürfen. Verfehlt einer der Bereiche seine Ziele, muss das zuständige Ministerium nachsteuern, dies wäre etwa für das Verkehrsressort notwendig gewesen, denn auf der Straße wurden die Klimaziele bisher nämlich zuverlässig jedes Jahr gerissen. Dies ist aber nicht geschehen, eine schlüssige Antwort blieb das Ministerium (Wissing) bisher schuldig.

Geht es jedoch nach den aktuellen neuen Vereinbarung der Koalition, wird dieser Druck nun deutlich abgeschwächt. Maßgeblich soll nun sein, ob alle Sektoren (Energie, Gebäude, Landwirtschaft usw.) gemeinsam das Klimaziel voraussichtlich schaffen - entscheidend dafür sollen nur noch Prognosen sein. Sollte sich jedoch in zwei aufeinanderfolgenden Jahren eine Verfehlung abzeichnen, sollen nun alle Sektoren etwas beitragen, um nachzusteuern. Das soll zwar auch "insbesondere" jenes Ministerium betreffen, in dessen Bereich das Ziel am weitesten außer Sicht ist. – Diese Pläne müssen nun von der Ampelkoalition noch in ein Gesetz gegossen werden.

Das mit diesen Beschlüssen die Verantwortung der Ressortchefs (Beispiel: Verkehrsminister) weitgehend aufgehoben wird – dies hat in der Klimabewegung böses Blut gemacht (siehe unten).

* **Deutsche Bahn:** Unterstützen will die Ampelkoalition mit den neuen Beschlüssen den Ausbau und die Sanierung der notleidenden Bahn. Erstmals benennt die Koalition in den Beschlüssen einen gigantischen Finanzbedarf. Von 45 Milliarden Euro ist in dem Papier bis zum Jahr 2027 die Rede. So viel soll es allein kosten, das Schienennetz wieder auf den neuesten Stand zu bringen. Der Koalitionsgipfel konnte sich allerdings nur darauf einigen, wie rund 20 Milliarden Euro davon im Kampf gegen die chronische Unpünktlichkeit aufgebracht werden sollen.

Ein Punkt in diesem Zusammenhang: Die **Lkw- Maut soll so reformiert werden**, dass CO2-intensive Fahrzeuge mehr bezahlen müssen. Sechs Milliarden Euro soll das jährlich mehr bringen, der Großteil davon soll in die Bahn fließen. Den Rest müssen die Koalitionäre weiterhin in zähen Haushaltsverhandlungen zusammenkratzen. Bahn-Chef Richard Lutz sprach dennoch von einem "entscheidenden Schlüssel", um Wachstumsziele für die Schiene zu erreichen und die derzeit "unbefriedigende" Pünktlichkeit zu verbessern. Das Ampel-Papier kündigt auch einen weiteren Ausbau des Nahverkehrs "insbesondere in suburbanen und ländlichen Räumen" an. Finanzielle Zusagen dafür aber bleibt die Regierung schuldig.

* **Autobahnen**: Ein "Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung" verspricht das 16-seitige Koalitions-Papier. Doch richtig konkret wird die beschleunigte Planung vor allem in einem Bereich: bei den Autobahnen. Hier pochen vor allem Verkehrsminister Volker Wissing und seine FDP seit Monaten darauf, Fernstraßen im "neuen Deutschlandtempo" zu bauen. Im "überragenden öffentlichen Interesse" sollten neue Projekte künftig liegen - was es Behörden erleichtert, sie schnell zu genehmigen. Denn überall da, wo sie kompliziert abwägen müssen, etwa zwischen Autobahn und Naturschutz, können sie damit leichter zugunsten der Straße entscheiden. Die Grünen waren gegen diese Pläne und betrachteten das auch am Tag danach als bittere Pille.

Dabei ist die Ampel-Einigung ein Kompromiss, denn das Eil-Prädikat soll nur eine "eng begrenzte Zahl von besonders wichtigen Projekten" bekommen - jene nämlich, die der "Engpassbeseitigung" dienen. Neben der Beschleunigung von Bahn- und Brückenbauten sollen so auch 144 Autobahn- und Bundesstraßenprojekte Vorrang bekommen. Insgesamt geht es laut Verkehrsministerium immerhin um etwa 950 Kilometer Autobahnen, die so vorrangig gebaut werden könnten. Die meisten dieser Vorrangprojekte liegen im Großraum Rhein-Ruhr, in der Rhein-Main-Region und im Raum München. Ob sie zum Zug kommen, ist allerdings fraglich. Welche Projekte die Beschleunigung am Ende genau umfasse, stehe noch gar nicht fest, stellt der Grünen-Bundestagsabgeordnete Lukas Benner klar. Das hänge vom Einverständnis der Bundesländer ab.

Der Lobbyverband Pro Mobilität äußerte sich dazu wie folgt: Der Plan würdige "die Bedeutung der Straße als Deutschlands Hauptverkehrsträger". Umweltschützer hingegen verlangen ein "Ende des Ausbaurausches".

* **Erneuerbare Energien**: Jenseits des Pannenstreifens von Autobahnen soll es künftig zwingend mehr Wind- und Solarenergie geben. "Straßenbau und Klimaschutz sollen zusammengedacht werden", verspricht die Koalition. So werde beim Autobahnneubau "für die Nutzung der Strecken zur Erzeugung erneuerbarer Energie gesorgt".

* **Naturschutz**: In dem vorgelegten Papier findet sich auch ein langer Abschnitt über den Naturschutz - das vor allem mit Blick auf die vielen neuen Infrastrukturprojekte. Denn wo gebaut wird in diesem Land, wird auch ein Ausgleich für jene Natur fällig, die dadurch verloren geht. Die Koalition will das vereinfachen. Leichter als bisher soll dieser Ausgleich künftig in Euro erfolgen können statt in konkreten Maßnahmen. Dieses Geld wiederum soll über die Länder in den Natur- und Artenschutz fließen, und zwar so, dass auch große Naturschutzgebiete entstehen - ein "länderübergreifender Biotopverbund". Ein neues "**Flächenbedarfsgesetz**" soll die nötigen Grundstücke sichern helfen. Naturschützer finden diesen Ansatz gut - vorausgesetzt, es kommen genug Flächen zusammen und der Ausgleich gegen Geld wird nicht zu einer Art Ablasshandel. "Wenn es wirklich gelingt, so 30 Prozent der Flächen unter wirksamen Schutz zu stellen", sagt Greenpeace-Chef Martin Kaiser, "dann stellen wir damit den Naturschutz auf ganz neue Füße." Siehe **#155.**
* **Austausch von Gebäude-Heizungen**: Die Ampelkoalition will den Einbau klimafreundlicherer Heizungen nach heftigem Streit nun angehen. Das Gebäudeenergiegesetz solle entsprechend reformiert werden.

Die Ampelkoalition hat nun bezüglich des umstrittenen Gebäudeenergiegesetzes einen Kompromiss erzielt. Demnach bleibt es im Kern dabei, dass ab dem 1. Januar 2024 jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden muss. Es soll aber Ausnahmen, Übergangsfristen und eine umfassende Förderung geben. Verzichtet wird auf die ursprünglich vorgesehene Pflicht, alte Öl- und Gasheizungen, die nach 2024 kaputtgehen, durch moderne Heizungen zu ersetzen. Nun ist es zulässig, kurzfristig wieder einen Öl- oder Gaskessel einzubauen, um beispielsweise bei einem Ausfall im Winter nicht wochenlang frieren zu müssen. Dieser muss dann aber binnen drei Jahren um moderne Technik ergänzt werden, um die 65-Prozent-Vorgabe zu erfüllen.[[3]](#footnote-3)

Auch solle der Grundsatz der "Technologiefreiheit" gelten, Gasheizungen sollen künftig also auch weiter mit grünem und blauem Wasserstoff oder Biomasse genutzt werden können. Für bestehende fossil betriebene Heizungen werde es keine Austauschpflicht geben, nur für neu eingebaute Heizungen.

Für den Austausch von Heizungen solle es einen sozialen Ausgleich geben. "Man kann sagen: Niemand wird im Stich gelassen." Auch SPD-Chef Lars Klingbeil betonte die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit in diesem Punkt. Das Kabinett will den entsprechenden Gesetzentwurf den Angaben zufolge im April beschließen. Geld solle aus dem Klima- und Transformationsfonds kommen. "Und wir werden bei bestimmten Alters- und Einkommensgruppen automatisch auch darauf achten, dass die Vorgaben nicht belastend oder bindend sind." Das Beschlusspapier enthält dazu keine näheren Angaben. **#156**

**Bewertungen der Beschlüsse der Ampelkoalition**: Die gesellschaftlichen Bewertungen all dieser Beschlüsse fallen extrem unterschiedlich aus. Die FDP jubiliert. Und in den Gremien der Grünen und in manchen Gruppierungen der Umweltbewegung herrscht tiefe Enttäuschung. Die Grünen seien bei den Verhandlungen über den Tisch gezogen worden, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, dass sich die SPD (Scholz) auf die Seite der FDP geschlagen habe. Zu kritischen Stimmen der Grünen siehe **#179**. Zu differenzierten kritischen (positiven und negativen) Äußerungen von Experten unterschiedlicher Couleur siehe auch **#181, #182**.

Es bleiben übrigens auch jetzt, nach den Verhandlungen des Koalitionsausschusses, viele Detailfragen des Heizungsthemas ungeklärt. Siehe **#174.**

Und auf der EU-Ebene gibt es analoge gesetzgeberische Initiativen zum Thema Gebäudeheizung. Siehe **#88 und #120**.

1. **Das Bundeskabinett hat – um die Wasserversorgung in Deutschland auch zukünftig zu gewährleisten – Mitte März eine nationale Wasserstrategie beschlossen.**

Damit will die Bundesregierung systematisch für einen bewussten Umgang mit der Ressource Wasser sorgen. **Das Ziel: Auch in Zukunft soll jederzeit für jeden Bürger bezahlbares, sauberes Wasser aus dem Hahn kommen**, „das heißt, wir müssen uns auf die Änderungen infolge der Klimakrise vorbereiten." Dazu gehöre beispielsweise der Schutz vor Hochwasserereignissen, vor Starkregen, aber auch vor Hitze. So sollen Kommunen und Länder künftig gesetzlich verpflichtet werden, Gefahren- und Risikokarten für Starkregen zu erstellen und bei der Bebauungsplanung zu berücksichtigen.

**Das natürliche Wasserangebot in der Bundesrepublik ist sehr ungleich verteilt**: So ist dem Umweltbundesamt (UBA) zufolge in den Gebirgsregionen Süddeutschlands zehn- bis zwanzigmal mehr Wasser verfügbar als im trockenen Brandenburg. "Zwar herrscht in Deutschland im Mittel kein Wasserstress", schreibt das UBA, "jedoch gibt es regionale und saisonale Unterschiede". Wenn mehr als 20 Prozent des verfügbaren Wassers vom Menschen genutzt wird, spricht man von Wasserstress. Der hat zur Folge, dass es zu Problemen für Umwelt und Wirtschaft kommt: Moore und Feuchtgebiete können austrocknen, Wälder können unter der Trockenheit ächzen.

**Konkret beinhaltet die Nationale Wasserstrategie ein Aktionsprogramm mit rund 80 Maßnahmen,** um das Wassermanagement moderner zu gestalten. Dazu gehört auch, mit Verbundnetzen und Fernleitungen Wasser aus nassen Regionen Deutschlands in trockene Gegenden zu bringen. Bei all dem stellt sich die Frage der Prioritäten im Fall einer Wasserknappheit. "Für mich hat, sollte eine Mangelsituation auftreten, die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser Priorität", sagte die Umweltministerin. "Aber selbstverständlich gibt es auch andere Wassernutzer, die dann versorgt werden müssen." Beispielsweise Krankenhäuser, Schulen oder Kindergärten. Gemeinsam mit den Ländern sollen nun Leitlinien entwickelt werden, wie die Nutzungsansprüche in Fällen von Wasserknappheit aussehen würden.

Dem Umweltbundesamt zufolge entfallen von den deutschlandweit genutzten 20 Milliarden Kubikmetern (im Jahr 2019) 44,2 Prozent auf den Energiesektor. Bergbau und verarbeitendes Gewerbe entnahmen zusammen 26,8 Prozent - genauso viel die öffentliche Wasserversorgung. 2,2 Prozent wurden für die Beregnung landwirtschaftlicher Flächen genutzt. Siehe **(#57).**

**In der Realität droht allerdings – so manche Beobachter – die nun organisierte Wasserstrategie an absehbaren Widerständen zu scheitern**. An der Bauernlobby etwa, wenn Uferstreifen und Wasserschutzgebiete erweitert werden oder endlich der landwirtschaftliche Schadstoffeintrag reduziert wird. Auch Energieversorger, Chemieunternehmen und andere Großverbraucher aus der Industrie werden sich dagegen wehren, künftig mehr Geld für Wasser oder in teure Aufbereitungstechnik zu investieren.

Doch der Druck aus der Bevölkerung wächst. Immer mehr Menschen stellen kritische Fragen: Warum durfte der E-Autobauer Tesla eine Giga-Factory mit anderthalb Millionen Kubikmetern Wasserverbrauch pro Jahr in eine Gegend Brandenburgs bauen, wo gleichzeitig Gemeinden Baugebiete verweigert werden und privater Wasserverbrauch begrenzt wird, weil bereits ohne Tesla zu wenig Wasser da ist? Auch das Geschäftsmodell von Mineralwasserfirmen wird hinterfragt. Wie ist es zu rechtfertigen, dass sie sich kostenlos oder für marginale Cent-Beträge am Allgemeingut Wasser bedienen, es abfüllen und verkaufen dürfen, wobei die Gewinne selbstverständlich nur in private Kassen fließen? Siehe **#132.**

Zum Thema Wasser hat es übrigens Ende März eine **UN-Wasserkonferenz in New York** gegeben. Siehe **#183.**

----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**LITERATUR**

**#57:** [**https://www.sueddeutsche.de/wissen/umwelt-lemke-versorgung-der-bevoelkerung-mit-trinkwasser-prioritaet-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230315-99-963041**](https://www.sueddeutsche.de/wissen/umwelt-lemke-versorgung-der-bevoelkerung-mit-trinkwasser-prioritaet-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230315-99-963041)

**#88:** [**https://taz.de/EU-Parlament-fuer-strengere-Vorgaben/!5918872/**](https://taz.de/EU-Parlament-fuer-strengere-Vorgaben/%215918872/)

**#98:** [**https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wissen/klimawandel-ipcc-bericht-klimaziele-hitzewellen-duerren-ueberschwemmung-zyklon-freddy-e491983/**](https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wissen/klimawandel-ipcc-bericht-klimaziele-hitzewellen-duerren-ueberschwemmung-zyklon-freddy-e491983/)

**#120:** [**https://www.klimareporter.de/gebaude/eu-parlament-bestaetigt-sanierungspflicht**](https://www.klimareporter.de/gebaude/eu-parlament-bestaetigt-sanierungspflicht)

**#132:** [**https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/trinkwasser-klimawandel-deutschland-notstand-trockenheit-1.5772897?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/trinkwasser-klimawandel-deutschland-notstand-trockenheit-1.5772897?source=rss)

**#155:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/ampel-beschluesse-fortschritt-zumutungen-1.5778083?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/politik/ampel-beschluesse-fortschritt-zumutungen-1.5778083?source=rss)

**#156:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/ampel-streit-einigung-koalitionsausschuss-ergebnisse-1.5777509**](https://www.sueddeutsche.de/politik/ampel-streit-einigung-koalitionsausschuss-ergebnisse-1.5777509)

**#174:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/heizungen-2024-uebergangsfristen-1.5780224**](https://www.sueddeutsche.de/politik/heizungen-2024-uebergangsfristen-1.5780224)

**#177:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/heizungen-ampelkoalition-habeck-lindner-1.5779803**](https://www.sueddeutsche.de/politik/heizungen-ampelkoalition-habeck-lindner-1.5779803)

**#179:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-neue-konflikte-nach-koalitionsausschuss-1.5779587**](https://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-neue-konflikte-nach-koalitionsausschuss-1.5779587)

**#180:** <https://img.welt.de/bin/Koalitionsausschuss.pdf_bn-244543616.pdf>

**#181:** [**https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/autobahnen-mit-solaranlagen-energiewirtschaft-kritisiert-ampel-einigung-als-farce-a-900be5ff-c7ce-44de-b223-b16a3de4370b#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/autobahnen-mit-solaranlagen-energiewirtschaft-kritisiert-ampel-einigung-als-farce-a-900be5ff-c7ce-44de-b223-b16a3de4370b#ref=rss)

**#182:** [**https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/koalitionsausschuss-klima-1.5778063?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/koalitionsausschuss-klima-1.5778063?source=rss)

**#183:** [**https://taz.de/UN-Wasserkonferenz-in-New-York/!5921927/**](https://taz.de/UN-Wasserkonferenz-in-New-York/%215921927/)

1. **Quellen** **für das Folgende sind**: Online-Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften. Einzelne Textpassagen werden von mir manchmal nahezu wörtlich übernommen. Diesbezügliche Literaturhinweise (der Form **#nn**) befinden in den folgenden Textabschnitten. Sie gelten immer solange bis im Text der nächste Literaturhinweis erscheint. Am Ende dieses Berichts werden unter der Überschrift „Literatur“ die Quellen detailliert angegeben. [↑](#footnote-ref-1)
2. Siehe **#180** [↑](#footnote-ref-2)
3. Bezüglich dieses Absatzes siehe **#177** [↑](#footnote-ref-3)